



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

† †: Die Katastrophe von 1852.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Commission, welche sich nach mancherlei Versuchen für den Platz entschied, auf dem die Rauch'sche Reiterstatue gegenwärtig steht. Das von Schadow vorgeschlagene, von dem Neffen Friedrich's nicht passend befundene treu geschichtliche Costum der Zeit wurde von Friedrich Wilhelm III. gebilligt und Schadow beauftragt, einen ausführlichen Kostenanschlag einzureichen. Die Kriegsstürme von 1806 und 1807 vereitelten auch diesmal wieder die Ausführung des Werkes. Der Tod der vielgeliebten Königin Luise, die Befreiungskriege lenkten die Kunst auf näher liegende, den lebendig empfundenen Augenblick berührende monumentale Zwecke, an denen das Talent Rauch's sich entwickelte. Erst in den zwanziger Jahren wurde der Plan eines Friedrich's-Denkmal's wieder aufgenommen, und zwar wandte sich der König nun an Schinkel, dessen vielumfassende Beschäftigung ihn jedoch verhinderte, das Werk zu unternehmen. So kam endlich in den dreißiger Jahren diese schöne Aufgabe, deren Erfüllung der Preussische Staat und das Preussische Könighaus der eigenen Geschichte und ihrem glorreichsten Vertreter schuldig war, an den Meister der Kunst, welcher das nun vollendete und am 31. Mai enthüllte Werk geschaffen. Der Weg zum Ziele ist durch die mancherlei Hindernisse und Hemmungen, die sich der Ausführung des Denkmal's wiederholt entgegenstellten, ein sehr langer geworden, das erreichte Ziel selbst aber auch um so erhabener und schöner.

A. G.

Die Katastrophe von 1852.

In der Regel treten die Revolutionen unvorbereitet und überraschend ein, nur durch ein dumpfes, unbehagliches, aber in seinen letzten Motiven unerklärliches Gefühl der Unzufriedenheit angekündigt; die Krisis dagegen, der wir entgegengehen, läßt sich bis auf den Tag genau berechnen. Da sie nahe genug bevorsteht, so ist es an der Zeit, unsre Aufmerksamkeit auf die Eventualitäten derselben hinzulenken und uns klar zu machen, was unsre Aufgabe während derselben sein wird.

Die Krisis besteht in dem Interregnum, welches im Mai des folgenden Jahres in Frankreich eintreten muß, wenn es nicht vorher der conservativen Partei gelingt, dasselbe durch irgend einen noch gar nicht zu berechnenden Schritt abzuwenden. Die Französische Verfassung bestimmt nämlich, daß das Mandat der gegenwärtigen Nationalversammlung am 28. Mai 1852, daß das Mandat des gegenwärtigen Präsidenten der Republik den 10. Mai 1852 abläuft. Die Wahlen der 750 Repräsentanten sollen spätestens den 29. April beginnen, die Wahl des Präsidenten soll an dem Tage vollzogen werden, an welchem das Mandat des gegenwärtigen abläuft.

Grenzboten. II. 1851.

54

Ein zweiter Umstand fällt eben so schwer in die Waagschale. Die Verfassung verbietet die Wiederwahl des gegenwärtigen Präsidenten für die nächste Wahlperiode; es ist aber eine nicht kleine Partei, namentlich unter dem Militair vorhanden, die ihn um jeden Preis behalten will, und sowol seine frühern Antecedentien, wie auch sein letztes Auftreten berechtigen uns zu der Ansicht, er werde, um seinen Ehrgeiz zu befriedigen, vor keinem Mittel zurückschrecken. Sein Mißvergnügen über die conservative Partei, von der er sich bis jetzt hat leiten lassen, und die ihn nun im Stiche läßt, ist so weit gegangen, daß er sich nicht abgeneigt erklärt hat, das so theuer erkaufte Wahlgesetz vom 31. Mai preiszugeben, um dadurch die öffentliche Meinung wieder für sich zu gewinnen, und daß er bei dem neulichen Feste in Dijon in Gegenwart der höchsten Staatsbehörden eine schwere Anklage gegen die Majorität der Nationalversammlung ausgesprochen hat. Die Majorität hat diese Herausforderung durch eine sehr energische Kriegserklärung ihres Generals Changarnier erwidert.

Die Sache steht also so, daß nicht allein im Princip vier verschiedene Parteien, drei dynastische und eine republikanische, sich gegenüberstehen, sondern daß auch jede derselben über ein schlagfertiges Heer, und was noch wichtiger ist, über eine Anzahl ihr völlig ergebener Generale disponirt. Unter solchen Umständen ist es nicht zu verwundern, wenn ganz Frankreich davon überzeugt ist, es müsse im Mai des folgenden Jahres eine furchtbare Revolution ausbrechen, wenn es nicht vorher gelingt, die Verfassung zu ändern.

Die verfassungsmäßigen Mittel dieser Aenderung sind folgende. Wenn die gegenwärtige Versammlung jetzt im letzten Jahre ihres Bestehens in drei durch einen Monat von einander getrennten Perioden jedesmal mit einer Majorität von drei Vierteln der sämmtlichen Stimmen beschließt, daß eine Revision der Verfassung nothwendig sei, so wird zu diesem Zweck eine neue constituirende Versammlung einberufen.

Diese verfassungsmäßige Aenderung der Verfassung ist wenigstens nach menschlicher Berechnung geradezu unmöglich. Abgesehen davon, daß die Leidenschaftlichkeit, die gerade in diesem Augenblick zwischen den verschiedenen Fractionen der Majorität herrscht, es kaum zu einem gemeinschaftlichen Beschluß kommen lassen wird, der über die bloße Negation hinausgeht, würde auch ein solcher gemeinschaftlicher Beschluß Nichts helfen, denn er würde nie die verfassungsmäßige Majorität von drei Vierteln der Stimmen erlangen, weil die Zahl der reinen Republikaner, die wie ein Mann gegen die Revision stimmen werden, beinahe ein Drittel beträgt. Es ist auch eigentlich Niemand in den verschiedenen Parteien, der sich darüber täuscht; aber die Vertheidiger der Ordnung quand même fordern die Nationalversammlung auf, sich durch den Widerspruch der Verfassung nicht irren zu lassen, und ihren Beschluß gegen den Buchstaben derselben mit Be-

rufung auf das Französische Volk durchzusetzen. Sie provociren also im eigentlichen Sinne des Worts eine Contrerevolution.

Eine Contrerevolution hat in dem Fall die Wahrscheinlichkeit des Gelingens, wenn nur zwei geschlossene Parteien einander gegenüberstehen, und wenn die Strömung der Zeit der Reaction zuführt. Eine legitime Monarchie z. B. wird mit Erfolg eine Contrerevolution versuchen können, sobald die öffentliche Meinung ihre Gegner im Stich läßt. So ist die Sachlage in Frankreich aber keineswegs. Die bloße Abstraction der Ordnung ist nicht im Stande, sich einer von ihr provocirten Volksaufregung zu bemeistern, die ja selber die Unordnung ist. Bis jetzt hat der Bund der verschiedenen conservativen Parteien dadurch ein Terrain nach dem andern erobert, daß er sich mit seinen Repressivmaßregeln wenigstens an die Form des Gesetzes gebunden hat; ein Verlassen dieses Weges aber zu einer Zeit, wo das Gefühl der Noth noch nicht gebieterisch eingetreten ist, und wo die divergirenden Interessen der einzelnen Fractionen nothwendig hervortreten müssen, hieße nichts Anderes, als die Krisis beschleunigen, und zwar ist es sehr zweifelhaft, ob sie dadurch auf einen günstigern Zeitpunkt übertragen wird, denn die Masse der kleinen Bourgeoisie, deren Gewicht man nicht außer Rechnung lassen darf, würde sich in diesem Augenblick eben so entschieden gegen eine Contrerevolution erklären, in der sie ja auch eine Unordnung sehen müßte, als gegen eine Emeute der Socialisten.

Die Wahrscheinlichkeit bleibt also immer dafür, daß die Krisis im Mai des folgenden Jahres eintreten wird, und es fragt sich nun, wie wir uns in derselben zu verhalten haben.

Es ist unzweifelhaft, daß eine so gewaltige Erschütterung auch ohne ein planmäßiges Mitwirken in allen übrigen Ländern des Continents, namentlich aber in Deutschland und Italien, nachzittern wird. Die Ungewißheit dieses Zustandes wird noch dadurch vermehrt, daß das conservativste aller Länder, das England sich ebenfalls in der Gefahr einer Krisis befindet. Wir zweifeln nicht daran, daß England bei seiner gesunden Verfassung Mittel finden wird, die Schwierigkeiten seiner innern Angelegenheiten, wenn auch mit einigem Lärm, doch immer auf dem Wege der Ordnung zu entfernen; allein für uns selbst ist die Sache darum nicht weniger bedenklich, denn von den Parteien, die sich freilich vorzugsweise auf die innern Fragen beziehen, hat jede auch eine verschiedene auswärtige Politik. Da man nun keinen Tag voraussehen kann, ob nicht die Whigs, das schwächste Ministerium, das England seit langer Zeit gehabt hat, über irgend einer vielleicht untergeordneten Frage stürzen, und ob nicht die Königin dadurch veranlaßt wird, sich an die Tories und damit an die auswärtige Politik der heiligen Allianz zu wenden; da man ferner nicht voraussehen kann, ob nicht eben dadurch eine so große Volksaufregung entsteht, daß sie die Agitation zur Zeit der Reformbill und der Korngesetze noch bei Weitem übersteigt und zu jener Anhäufung

von elektrischem Stoff beiträgt, die mit dem Unwetter auf dem Continent in lebendiger Wechselwirkung steht, so wird auch von dieser Seite her die Unge-
wissenheit auf eine sehr bedenkliche Weise gesteigert.

Alle diese Umstände müssen in Rechnung gebracht werden, wenn wir uns offen und unumwunden die Frage vorlegen wollen, ob unser Wunsch mit der Möglichkeit eines gewaltfamen Umschwungs der Dinge in Deutschland Hand in Hand geht. Wir dürfen uns namentlich nicht von unsrer augenblicklichen Stimmung täuschen lassen, die in gerechtem Unwillen über die gegenwärtige Leitung der Staatsangelegenheiten in ganz Deutschland jede Eventualität acceptiren möchte, die uns nur von den gegenwärtigen Machthabern befreit. Die letzten Jahre haben uns in dieser Beziehung einen größern Ernst lehren müssen; wir haben einsehen müssen, daß eine von unten auf gehende Umwälzung der Deutschen Staaten, wenn sie überhaupt möglich ist, nur möglich ist unter der Bedingung eines radicalen Umsturzes aller Staatsverhältnisse bis in die kleinsten Kreise hinunter. Ein solcher Umsturz würde aber die Cultur wenigstens um ein Menschenalter zurückbringen. Wir müssen ferner zu der Einsicht gekommen sein, daß ein solcher Umsturz, der nur denkbar ist bei einer vollständigen Auflösung des Militärs, unser Vaterland der drängenden und fast unausweichbaren Gefahr einer Unterjochung durch fremde Völker aussetzt. Es wäre also eine Thorheit und ein Verbrechen unsrerseits, auf eine wirkliche Revolution zu speculiren; wir können aber auch nicht darauf rechnen, daß die Deutschen Regierungen zum zweiten Mal, wie im Jahre 1848, aus Furcht vor dem Gespenst der Revolution sich zu Concessionen werden bestimmen lassen, die sie als unheilvoll erkannt haben. Die Regierungen sind ihrerseits eben so wachsam und gerüstet, als die Demokraten. An die weitere Eventualität, welche die größte Wahrscheinlichkeit für sich hat, nämlich an die Verunglückung der Revolution und an die Herstellung eines straffen bigotten Absolutismus, brauche ich hier nur zu erinnern, ohne daß es nöthig wäre, erst weiltäufig auseinanderzusetzen, daß sie nicht in unsern Wünschen liegen kann.

Wenn es also ziemlich klar sein dürfte, daß wir den Eintritt der Krisis in Deutschland nur zu fürchten haben, so bleibe uns nur die Ausflucht übrig, daß man sie bei der Schlechtigkeit unsrer Zustände als ein Fatum hinzunehmen habe, dem die Guten wie die Bösen verfallen seien. Dieser Fatalismus, so poetisch er klingt, ist einerseits nach unsrer Ueberzeugung stets ein halber Wahnsinn, denn jeder Mensch hat die Verpflichtung, sich, so gut und so lange es gehen will, seiner Haut zu wehren. Er entspricht aber auch keineswegs der wirklichen Lage unsrer Verhältnisse. Wir haben die Unwürdigkeiten der letzten Jahre so lebhaft gefühlt, als irgend ein Anderer; wir müssen es aber bestreiten, daß man diese Lage verzweifelt nennen kann. Wir haben noch sehr viel zu verlieren, und wir haben noch sehr viel Mittel, um für unsre Zwecke zu wirken; ja wir haben noch mehr Mittel, als vor den Märztagen. Trotz den Repressivgesetzen der letzten Zeit hat

sowol die Presse, als die ständische Mitwirkung in Preußen an Terrain gewonnen, und auf diesen Staat kommt es ganz allein an. Daß die Kammern der Deutschen Staaten in vielen Beziehungen schlechter gestellt sind, als im Jahre 1847, ist zwar für den Augenblick ein sehr großer, unverkennbarer Nachtheil, aber es ist in anderer Beziehung ein Gewinn, denn es hat der Illusion des Particularismus, die, man wolle es doch nicht läugnen, in den Völkern eben so spukte, wie in den Fürsten, eine sehr bedeutende Stütze entzogen. Außerdem haben wir in den drei letzten Jahren wenigstens ungefähr unsre Kräfte mustern können; wir wissen, was wir können und was wir nicht können.

Die Anwendung dieser Betrachtung auf die gegenwärtigen Verhältnisse ist folgende. Wir müssen aufhören, uns in unserm Parteitreiben fortwährend auf die Vergangenheit zu beziehen; wir müssen die handgreiflichen Thatsachen anerkennen und anstatt der vielen Rechtsböden, die aus den letzten Jahren übrig sind, uns auf den Boden der gegebenen Verhältnisse stellen; wir müssen vor allen Dingen es vermeiden, uns eben so aus dem wirklichen Staatsleben drängen zu lassen, wie die Demokraten herausgedrängt sind; wir müssen niemals in den wohlfeilen Heroismus der Letztern verfallen, uns an Situationen, deren wir nicht Herr sind, überhaupt nicht zu betheiligen. Möchten unsre Freunde in Preußen das wohl bei der Frage der Provinziallandtage bedenken, und nicht wieder in einer Frage von wesentlich praktischem Interesse die Rechtsseite hervorkehren, die doch keinem Richterspruch unterliegt! Möchten das unsre Freunde in Sachsen bei den bevorstehenden Wahlen und überall sonst in Deutschland bei ähnlichen Gelegenheiten bedenken! Möchten sie vor allen Dingen die Idee eines engen Zusammenwirkens mit der Demokratie verbannen! Das Letztere wäre nichts Anderes, als ein Aufgehen in die Demokratie. Der Hilfe derselben bedürfen wir nicht, um in dem Raum des Staatslebens, den wir einnehmen, uns zu erhalten. Freilich wird man uns als Gothaner nirgends wählen, denn dieser Beiname ist jetzt blos ein historischer, etwa wie der Name der Girondisten; da aber bei Weitem der größte Theil unsrer Partei aus Männern besteht, die, abgesehen von der historischen Parteigliederung, durch ihre Persönlichkeiten das Vertrauen des Volkes haben, und da außerdem die ungeheure Masse des Volkes einen liberalen Deputirten einem Mann von der Kreuzzeitung vorziehen wird, so können wir darüber außer Sorgen sein. Im Uebrigen aber dürfen wir nicht vergessen, daß wir in diesem Augenblicke die Minorität sind, nicht die Minorität gegen die principielle Reaction, sondern die Minorität gegen die ängstlichen Centrumsmänner, die für jetzt in jeder Neuerung die Gefahr einer Revolution erblicken und die unsre Bestrebungen zwar im Allgemeinen loben, aber ohne sie für den Augenblick für praktisch zu halten. Wir haben nun die Aufgabe, die Majorität wieder zu gewinnen, und wir müssen uns ihr unterziehen, wenn sie auch eine sehr mühsame, undankbare und sehr wenig ästhetische ist, wenn sie uns auch nicht jeden Augenblick ver-

stattet, uns in eine heroische Postur zu setzen; aber die wirklichen Fortschritte der Cultur müssen uns wichtiger sein, als der Beifall, den das blaßrte Publicum unsern Fechterkünsten zollt. † †

W o c h e n s c h a u.

Aus Westh. — Vorigen Sommer, als der passive Widerstand der Altconservativen anfang sich in Memoranden und Brochuren Luft zu machen, sagte mir Einer unfreier optimistischen Patriot: „Am Ende bringt uns die Oestreichische Regierung noch selbst Das entgegen, um was in den Jahren 1848 und 1849 von beiden Seiten mit so viel Erbitterung gekämpft wurde.“ Ich lachte damals über die Unverwüstlichkeit dieser Gefühlspolitik; nun aber, glaube ich, sind wir in ein Stadium gerathen, wo die Lächerlichkeit mit dem bittersten Ernst so durch einander gewürfelt ist, daß man sich oft versucht fühlt, manchen naiven Kammengießer für ein hochweises Lächeln um Verzeihung zu bitten. — Die Constitution vom 4. März ist in den letzten Zügen. Schon sind bedeutende Anzeichen da, daß die Altconservativen aller Kronländer, diese vormärzlichen Säulen des Oestreichischen Staatsgebäudes, wieder berufen sind, den papierernen Hauptpfeiler von Olmütz zu ersetzen; und zwar scheint man die Ungarischen Altconservativen, wegen ihrer in letzter Zeit an den Tag gelegten Renitenz, wenigstens direct umgehen, und sich unmittelbar den specifisch Habsburgischen, vom Gifte des Separatismus, wie von der unheilvollen Sucht Politik und Geschichte zu machen, ganz freigebiebenen, erblandischen Altconservativen in die Arme werfen zu wollen. — Als Chef dieser Partei wird allgemein Graf Hartig genannt, der uns vor einigen Wochen in einer Schrift „Nachtgedanken von Gotthelf Zurecht“ sein Programm niederlegte. Der edle Graf hält die Constitution vom 4. März für unausführbar. Im Reichstag würden die separatistischen Elemente nichts Gutes zu Stande kommen lassen, und allesammt darauf hinarbeiten, Oestreich aus einander zu reißen; er will also an die Stelle des Reichstags einen Rath setzen, der aus je zwei Mitgliedern aus jeder Provinz ohne Rücksicht auf die Bevölkerung bestehen soll, welche von den Provinziallandtagen, deren Wirkungskreis übrigens etwas erweitert werden müßte, gewählt werden. Dieser Reichstag, welcher aus 20—30 Personen bestehen dürfte — der Herr Graf will einige kleine Provinzen zusammenkuppeln — böte der Agitation viel weniger Raum, wäre höchst geräuschlos, und könnte den Gesamtstaat durchaus nicht bedrohen, da zwar — wie der edle Graf ganz naiv gesteht — die Mehrzahl der Bevölkerung Oestreichs überhaupt kein Oestreich wolle, die Mehrzahl der Kronländer aber — und solche kann man für den Nothfall zu jeder Stunde neu erschaffen — gut Oestreichisch ist. — Der Rücktritt Bruck's, der neue Feldzug der revolutionairen Presse gegen die Olmüzer Verfassung, und die Raben, die ihr Gefrächze an den Fenstern des Ministeriums des Innern hören lassen, stellen die Zeit in naher Aussicht, wo die Altconservativen wieder zu Ehren kommen werden, und der Umstand, daß der Lloyd obgenannte Schrift, die schon vor einem Monat erschienen ist, eben jetzt einer langen aber sammetfeinen Kritik unterzieht, wird allgemein darauf hingedeutet, daß es Herrn „Gotthelf Zurecht“ beschieden sein dürfte,